



öffentlich

**Betreff:**

Schulwegsicherung Knobelsdorffstraße

**Einreicher:** Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 20.06.2017

Eingang 922:

**Beratungsfolge:**

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
05.07.2017	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen kleinteiliger Maßnahmen zur Schulwegsicherung eine zügige Verbesserung der Situation in der Knobelsdorffstraße herbeizuführen.

Insbesondere soll das illegale Parken in den Kreuzungsbereichen durch geeignete Maßnahmen wie zum Beispiel Abpollerung verhindert werden und die Barrierefreiheit der Straßenquerungen (Absenkung von Bordsteinkanten) hergestellt werden.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im Oktober 2017 zu den eingeleiteten Maßnahmen Bericht zu erstatten.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg  
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Beschlussverfolgung gewünscht:**

**Termin:**

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Die Knobelsdorffstraße wird täglich von hunderten Schülerinnen und Schülern, Kita-Kindern, Hortkindern, deren Eltern, Menschen mit Behinderung und älteren Anwohnenden hinein in den Bildungsstandort Haeckelstraße genutzt. Die Bürgersteige in allen Kreuzungsbereichen der Knobelsdorffstraße (zum Beispiel Ecke Roseggerstraße, Haeckelstraße, Stormstraße) sind extrem hoch und stellen eine unnötige Barriere für beispielsweise Eltern mit Kinderwagen, Kindern auf dem Fahrrad oder Menschen mit Gehhilfen dar. Weiter sind diese Kreuzungsbereiche fast ganztägig durch PKW zugestellt, so dass die Kreuzungsbereiche durch die Stellung von Pollern frei gehalten werden sollten. Bei der Stadtteilkonferenz Potsdam West im Frühjahr 2017 und bei weiteren Gesprächen im Stadtteil wurde das Problem von Anwohnenden angesprochen und um Änderung gebeten. Eine zügige Umsetzung ist geboten.